



AUS DER ARBEIT DER ASBESTOSE-SELBSTHILFEGRUPPEN

ASBEST: TÖTET NOCH IMMER

Das Ende der Asbest-Tragödie ist immer noch nicht absehbar.

Obwohl Asbest seit 1993 in Deutschland verboten ist, bewegen sich die Zahlen der anerkannten asbestbedingten Berufskrankheiten (BK) auf einem hohen Niveau.

Ursache dafür sind die langen Latenzzeiten, meist Jahrzehnte, zwischen der beruflichen Asbest-Belastung und der Diagnose der Erkrankung. Die Betroffenen sind dann meistens schon im Rentenalter. Da viele Erkrankte keinen BK-Antrag stellen

und die Hürden zur Anerkennung recht hoch sind, ist die Dunkelziffer der durch Asbest Erkrankten wesentlich höher.

Ein aktueller Fall: Die Schwiegertochter eines in Italien lebenden Metallers ruft bei der Asbestose-Selbsthilfe an.

Bei ihrem Schwiegervater sei ein Mesotheliom festgestellt worden. Er führt das auf seine frühere Tätigkeit bis 1993 bei MAN in Hamburg zurück. Er hatte dort im Schiffsmotorenbau mit Asbest gearbeitet. Jetzt kommen hohe Kosten der Krebstherapie auf ihn zu. Wir empfehlen ihr eine Anerkennung als Berufskrankheit bei der zuständigen Berufsgenossenschaft (BG) zu beantragen und unterstützen sie dabei.

→ Fortsetzung auf der nächsten Seite



2 MELDUNGEN

- ▶ Teure Visagen,
- ▶ Gefährliche Träume,
- ▶ U5 verschlingt Milliarden

4 EIGENTLICH GEHT ES UNS RECHT GUT

Ein Blick zurück: 1966 fing ich eine Lehre zum Maschinenschlosser bei Blohm und Voss an...

5 EIN MORGEN ZUM WOHLFÜHLEN

Arme und Obdachlose sind zum „Hamburger Wohlfühlmorgen“ geladen

6 SCHIFFBAUKRISE UND GEGENWEHR

Die Strukturkrise des deutschen Schiffbaus erreichte im Herbst 1983 ihren dramatischen Höhepunkt.

7 KLIMAWANDEL

Der Klimawandel kommt nicht, er ist schon da. Doch keine Sorge, der Markt wird es richten! Ist es so?

8 WOHNELD

Kein Almosen, sondern ein Rechtsanspruch! Preise und Mieten steigen unaufhörlich...



Welche Vorteile hat eine Anerkennung als Berufskrankheit?

Die BG trägt alle Kosten für Heilbehandlung, Reha-Maßnahmen und Pflegeleistungen. Und zwar in weitaus höherem Maße als die Krankenkassen, ohne jegliche Selbstbeteiligung. Es gibt inzwischen in Deutschland 15 auf die Behandlung vom Mesotheliom spezialisierte Klinikzentren, die auf höchstem medizinischem Niveau arbeiten. Der betroffene Kollege hat Anspruch auf eine zusätzliche lebenslange Berufskrankheiten-Rente. Bei seiner Erkrankung würde sie recht hoch ausfallen. Wenn er an der Erkrankung verstirbt, hat seine Frau Anspruch auf eine Witwenrente.

Welche Hürden gibt es bei der Anerkennung?

Betroffene, oft schon durch die Erkrankung stark gesundheitlich beeinträchtigt, müssen nachweisen, dass sie durch die Arbeit mit Asbest belastet waren. Dabei muss die medizinische Diagnose den Anforderungen entsprechen, die in Leitlinien oder entsprechenden Empfehlungen von Fachgremien festgelegt wurden. In diesem Fall sind die Voraussetzungen eher günstig. Mesotheliom-Erkrankungen sind zu 90 Prozent durch Asbest verursacht. Schon eine geringe Asbestbelastung am Arbeitsplatz reicht dabei aus und dürfte in diesem Fall nachweisbar sein. Beim Lungenkrebs ist es dagegen schwieriger, da es viele konkurrierende Ursachen neben Asbest gibt.

Meistens haben nur hochbelastete Berufsgruppen wie Isolierer, Schiffbauer, Schiffszimmerer, Dachdecker, Kfz-Mechaniker usw. eine Chance auf Anerkennung. Die Anerkennungschancen bei Asbestose sind wiederum besser. Hier steht das medizinische Bild im Vordergrund. Eine anerkannte gering-gradige Asbestose (Versteifung des Lungengewebes) führt allerdings noch nicht zu einer BK-Rente.

Wie unterstützt die Asbestose-Selbsthilfe?

Wir geben Hilfe zur Selbsthilfe, ehrenamtlich und kostenlos. Dies betrifft alles, was im Zusammenhang mit der Erkrankung steht. Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Unterstützung zur Anerkennung als Berufskrankheit. Wir verfügen über viel Expertise über unsere Mitglieder in fast allen Berufsgruppen: Wo war überall Asbest enthalten? Unter welchem Handelsnamen? Bei welchen Tätigkeiten? Die Erkrankten wissen oft selber nicht, wo und wie sie mit Asbest in Kontakt gekommen waren. Seinerzeit gab es dazu keine Aufklärung.

Wir unterstützen den gesamten Ablauf des BK-Verfahrens, bei der Gutachterausswahl und auch beim Widerspruch gegenüber der Berufsgenossenschaft (BG). Wir übernehmen allerdings keine Vollmacht und ersetzen auch keinen Rechtsanwalt im Sozialgerichtsverfahren, arbeiten aber oft mit Anwälten vom DGB-Rechtsschutz zusammen. Gewerkschaftsmitglieder haben dort kostenlosen Rechtsschutz.

Wir beraten auch Kolleg:innen, die früher asbestbelastet waren, über die kostenlosen arbeitsmedizinischen Vorsorgeprogramme der »Gesundheitsvorsorge« (GVS), früher bekannt als »ZaSa« (Zentrale Erfassungsstelle). Die GVS ist zentral für alle BGen bei der BG ETEM angesiedelt und dient dem frühzeitigen Erkennen von Erkrankungen durch Asbest.

Wie läuft die Zusammenarbeit mit der IG Metall?

In unseren Selbsthilfegruppen arbeiten viele Metaller:innen mit, die selber als Betriebsräte im Arbeits- und Gesundheitsschutz aktiv sind oder tätig waren. Sie haben Erfahrungen mit Asbestbelastungen und kennen die Arbeitsbedingungen, die vor Jahrzehnten üblich waren. Dies ist inzwischen ein rares Gut. Auch etliche »Selbstverwalter« aus den BGen unterstützen uns dabei mit ihren Kenntnissen im Berufskrankheitenrecht. Mit der Arbeitsschutzabteilung des Vorstandes der IG Metall pflegen wir enge Kontakte, erhalten dabei viel Unterstützung. So arbeiten wir bei der Prävention und der Reform des Berufskrankheitenrechts eng zusammen, auch bei gemeinsamen Protestaktionen. ■



Zahlen in 2020

Erkrankt sind ca. **1600** Personen an Asbestose (BK-Nr. 4103), **800** Personen an Mesotheliom/Rippenfellkrebs (BK 4105) und **600** Personen an Lungenkrebs (BK 4104).

Wir suchen Unterstützer:innen

Für unsere Selbsthilfegruppe suchen wir immer Mitstreiter:innen, die uns bei dieser Arbeit inhaltlich, finanziell oder organisatorisch unterstützen möchten. Wir suchen Metaller:innen, die sowohl beruflich noch tätig sind oder sich schon im Ruhestand befinden. Wir schulen für die Beratungstätigkeit.

Kontakt und Infos:

► www.asbesterkrankungen.de

Über »Selbsthilfegruppen« findet man hier den Kontakt zum Landesverband Hamburg/Schleswig Holstein.

Rüdiger Granz (Mitglied im Landesverband Hamburg/Schleswig Holstein) und Peter Camin (1. Vorsitzender Bundesverband der Asbestose Selbsthilfegruppen)

► Mobil: 0179 39 24 355



MELDUNGEN

Teure Visagen

Egal, wie katastrophal die Lage ist, die Regierungen müssen immer gute Miene zum bösen Spiel machen. Die vorgegaukelte Perfektion lässt man sich ordentlich was kosten: Allein bei Außenministerin Annalena Baerbock schlägt eine persönliche Visagistin mit monatlich 7.500 Euro plus Mehrwertsteuer zu buche, hinzu kommen verschiedene Nebenkosten. Im vergangenen Jahr gingen so 136.552 Euro für Schminke und Puder drauf. Damit hält Baerbock den Rekord. Doch auch Wirtschaftsminister Robert Habeck

erleichterte die „Bundesstylingsschatulle“ um 83.184 Euro. Dabei ist der Bundeskanzler mit 39.910 Euro geradezu bescheiden.

Wie recht hat doch der Papst, der vor einer „Make-up-Kultur“ warnt. Diese verschwenden Steuergelder würden bei den Kriegs- oder Erdbebenopfern dringend benötigt und wären dort allemal besser aufgehoben. ■

Quelle: Bundestags-Drucksache 20/5286 vom 19. Januar 2023.



Gefährliche Träume

Jetzt soll sie also kommen, die „Aktienrente“, die jetzt „Generationenkapital“ heißt. Dazu soll in den nächsten 15 Jahren ein Kapitalstock von 150 Milliarden Euro aufgebaut werden. Die Finanzierung soll über Kredite erfolgen. Das Geld soll dann so angelegt werden, dass neben der Inflation und den Kreditzinsen ein so genanntes „Zinsdifferenzial“ für die Rentenfinanzierung übrigbleibt. Perspektivisch sollen auch Beitragseinnahmen der Rentenversicherung eingesetzt werden.

Da kommt die Veröffentlichung des „Norwegischen Staatsfonds“ sicher ungelegen: Dieser Fonds, aus denen in Norwegen die Renten finanziert werden, hat für das vergangene Jahr einen Verlust von 152 Milliarden Euro bekannt gegeben. Wir sagen Finanzminister Lindner: Lass die Finger von unserer Rente und träum weiter von märchenhaften Renditen! ■

U5 verschlingt Milliarden

In der letzten Ausgabe des Senioren-Echos berichteten wir über den geplanten Bau der neuen U-Bahnlinie U5. Das erste Teilstück von Bramfeld nach Teufelsdröckchen der geplanten U5 soll jetzt eine Milliarde Euro teurer werden, als bisher geplant. Das bedeutet eine Preissteigerung von etwa 60 Prozent. Auf die gesamte Strecke hochgerechnet würde dies bedeuten, dass sich die Kosten schon jetzt auf zirka 100 Milliarden Euro belaufen dürften. Die Elphi lässt grüßen. ■





EIGENTLICH GEHT ES UNS RECHT GUT

Ein Blick zurück: 1966 fing ich eine Lehre zum Maschinenschlosser bei Blohm und Voss an. Die Erziehungsbeihilfe (so wurde die Lehrlingsvergütung genannt, denn volljährig wurden wir erst mit 21) betrug im ersten Lehrjahr 85 D-Mark pro Monat.

Ein Facharbeiter verdiente 200 Mark brutto die Woche. Die Arbeitszeit betrug 41,25 Stunden bei 18 Tagen Jahresurlaub. Überstunden wurden geschoben, um sich ein wenig Luxus zu leisten: Waschmaschine und Fernseher, es war schon etwas besonderes, solche Dinge zu besitzen.

Viele jung Ausgelernte wohnten „auf Zimmer“. Eine eigene Wohnung für Alleinlebende war kaum möglich. Wer ein Automobil hatte, der war schon wer, bei den Mädchen und in der Gesellschaft. („Mein Freund hat einen Wagen“, ein damals angeberischer Spruch unter Mädchen.) Viele von uns Lehrlingen mussten zuhause Kostgeld abgeben. 20 Mark gingen allein für die Monatskarte der Hamburger Hochbahn drauf. Das Kantinenessen kostete eine Mark fünfzig. Es blieb nicht viel übrig. Also nahmen wir Feierabendjobs an und am Wochenende wurden im Hafen Schichten geschoben.

Es gab zwar die Unfallverhütungsvorschriften, aber wer kümmerte sich darum? Arbeitsschutz? Der Betrieb stell-

te Lederhandschuhe, der Helm war Pflicht. Auf mehr wurde nicht geachtet – kein Atemschutz, kein Hörschutz. Wir Lehrlinge mussten Asbestrohre sägen, ohne jeden Schutz. Mehrmals während meiner Lehrzeit wurde die Werftflagge auf Halbmast gesenkt aufgrund eines tödlichen Unfalls.

Die Alten gingen zwar mit 65 in Rente, aber bei weitem nicht alle erreichten das Rentenalter und viele starben kurz nach Renteneintritt (Asbest, giftige Gase bei Schweißen, beim Lackieren – der Körper war verschlissen). Männer hatten laut statistischem Bundesamt eine Lebenserwartung von 66,9 Jahren, Frauen von 72,4. Frauen waren überwiegend Hausfrauen. Wenn eine Frau in Lohnarbeit gehen wollte, brauchte sie die schriftliche Einwilligung ihres Mannes.

Es ist alles besser geworden. Dinge, die damals als Luxus galten, sind heute selbstverständlich. Aber der Fortschritt kam nicht von selbst. Ohne die IG Metall, ohne die Arbeitskämpfe wären wir heute noch dort, wo wir 1966 waren.

Mit jeder Tarifforderung, mit jeder Forderung nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurde seitens der Arbeitgeberverbände und der Politik der Niedergang der Wirtschaft prophezeit. Aber mit jeder Verbesserung der Lebensbedingungen, mit jeder Tarifierhöhung verbesserte sich die gesamtwirtschaftliche Lage, wuchs die Volkswirtschaft.

Noch geht es uns recht gut, aber... Wir verzeichnen aktuell eine der höchsten Inflationsraten seit Bestehen der BRD. Die Energiepreise explodieren – jeder Haushalt spürt es. Das Russlandgeschäft im Hamburger Hafen ist weggebrochen, das Chinageschäft droht wegzubrechen. Als Volkswirtschaft, die ihre Stärke im Export hat, wirken sich die Sanktionen gegen Russland und die Abgrenzung gegen China fatal aus. Wir schlittern in unsichere Zeiten.

Umso mehr brauchen wir jetzt starke Gewerkschaften und uns Rentner:innen in der IG Metall. ■

Erik Merks



Ein Morgen zum Wohlfühlen

So voll ist die Sankt-Ansgar-Schule in Hamburg-Hamm an einem Sonnabend selten. Arme und Obdachlose sind zum „Hamburger Wohlfühlmorgen“ geladen.

Die Pausenhalle der Schule ist bis auf den letzten Platz besetzt. Bei Livemusik wird den Besucher:innen ein leckeres Frühstück serviert. Auf dem Gang vor der Halle hat sich schon eine beachtliche Schlange gebildet. Sie alle warten, dass wieder ein Platz in der Halle frei wird. Veranstaltet wird der Wohlfühlmorgen schon zum 26. Mal von der Schule, den Maltesern und der Caritas.

Etwa 140 freiwillige Helfer:innen sorgen sich um das Wohl der Besucher:innen. Das Angebot von Dienstleistungen ist riesig. Neben dem Frühstück wird ärztliche und zahnärztliche Betreuung geboten. Auch an die treuen Begleiter:innen von Armen und Obdachlosen, den Hunden, ist gedacht worden. Sie werden, wenn erforderlich, tierärztlich versorgt und in einem Zelt auf dem Schulgelände gibt es Tiernahrung. Darüber hinaus stehen Hygieneartikel und Kleidung zur Verfügung.

In den Schulräumen und auf den Gängen herrscht emsige Betriebsamkeit. Auszubildende des Friseurhandwerks der nahegelegenen Berufsschule und weitere Fachkräfte sind voll beschäftigt mit Haare waschen und schneiden. Andere Besucher:innen nutzen das Angebot der Pediküre oder Massage, weitere die Brillensprechstunde, die Schuhpflege oder Rechts- und Sozialberatung. Es ist beeindruckend, was hier auf die Beine gestellt wird und mit welchem Engagement sich die Helfer:innen um die Besucher:innen sorgen. Die Armen und Obdachlosen sind dankbar für dieses Rundumangebot, Unterstützung und Hilfestellung.

Traurig stimmt, dass das Problem der Armut und Obdachlosigkeit -trotz allem Engagement von Freiwilligen- nicht nur in Hamburg eher größer als kleiner wird. Es darf nicht sein, dass soziale Hilfestellungen zu einem großen Teil aus Spenden finanziert werden. Egal, ob Wohlfühlmorgen oder Tafel, wachsende Armut und Obdachlosigkeit ist ein Sozialstaatsversagen. ■

Günter Hameister



Ein Angebot war das Waschen und Schneiden der Haare.



Bildquelle: NDR, Hamburg Journal | 08.09.2013

VOR 40 JAHREN

SCHIFFBAUKRISE UND GEGENWEHR

Die tiefgreifende Strukturkrise des deutschen Schiffbaus mit nie gekannten Auswirkungen erreichte im Herbst 1983 ihren dramatischen Höhepunkt.

Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung zur Sicherung von Arbeitsplätzen hatte gezeigt, dass gewerkschaftliche Tarifpolitik kein Ersatz für notwendiges Handeln der Politik ist. Ebenso beeinträchtigten tiefgreifende Strukturkrisen im Schiffbau mit ihren nie gekannten Auswirkungen massiv die Abwehrmethoden der Gewerkschaftspolitik im Betrieb. Das führte zu einer Zwangslage, weil die bisherigen Protestaktionen keine Wirkung zeigten. Der Druck auf die Arbeitgeberseite war zu schwach. Deshalb musste die gewerkschaftliche Betriebspolitik zu anderen Mitteln greifen. Der Kampf um die HDW-Arbeitsplätze in Hamburg im Jahre 1983 hat gezeigt: Wenn Metalller:innen nichts mehr zu verlieren haben, so haben sie nur eine Chance: Sie müssen mit neuen wirkungsvollen und unüblichen Kampfformen die Massenentlassungspläne der Arbeitgeberseite stoppen.

Im September 1983 haben die Metalller:innen der HDW-Werft in Hamburg dies mit ihrer Aktion gezeigt. Die Betroffenen haben mit einer Betriebsbesetzung alles auf eine Karte gesetzt. Sie hatten nichts mehr zu verlieren. Ihr Kampfeswille war ungebrochen. Diese Aktion war nicht nur ein betrieblicher Protest. Die Metalller:innen wussten, dass sie die Unterstützung der Bürger:innen Hamburgs einbeziehen müssen. Ihre verzweifelte Aktion sollte Aufsehen erregen und unter die Haut gehen. Ganz Hamburg hat damals mitgeföhlt und mitgekämpft.

Wenn, wie im Herbst 1983, bei HDW in Hamburg nichts mehr geht und nach jahrelangem Ringen der Kahlschlag der Arbeitsplätze droht, dann schlägt die gepeinigte Belegschaft zurück. Diese Gegenwehr ist ein hohes Gut gewerkschaftlichen Handelns. Die

Kolleg:innen kämpften mit vollem persönlichem Einsatz. Ihre Verzweiflungstat war mehr als die Angst um den eigenen Arbeitsplatz. Es war ein Aufschrei einer Region, auch eine Verbitterung getäuschter und enttäuschter Kolleginnen und Kollegen.

Die Betriebsbesetzung im September 1983 bei der HDW-Werft in Hamburg war ein bedeutsamer und beispielhafter Abschnitt der Gewerkschaftsgeschichte unserer Stadt. Das Risiko für die betroffenen Metalller:innen war groß, das wussten sie. Doch Opfer zu bringen oder abzuverlangen, darf nichts Außergewöhnliches sein. Es ist ein selbstverständlicher Bestandteil gewerkschaftlichen Handelns und Kämpfens. ■

Johannes Müllner

KLIMAWANDEL

KEINE SORGE, DER MARKT WIRD ES RICHTEN! IST ES SO?

Starkregen und Überflutungen hier, Dürre dort. Immer neue Hitzerekorde, verheerende Stürme und schmelzende Gletscher – die Wetterextreme nehmen zu und fordern immer mehr Opfer. Menschen müssen ihre Heimat verlassen, sie werden zu Klimaflüchtlingen. Der Klimawandel kommt nicht, er ist schon da.

Laut dem UN-Chef António Guterres befinden „wir [uns] auf einem Highway in die Klimahölle und haben den Fuß auf dem Gaspedal“. Und was macht die Politik? Sie reist jährlich von Klimagipfel zu Klimagipfel. In Paris wurde 2015 beschlossen, die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Die klimaschädlichen Emissionen sind seitdem jährlich gestiegen. Meteorolog:innen befürchten eine Erwärmung auf bis zu vier Grad Celsius, tatsächlich haben wir dann die Klimahölle. Durch auftauende Permafrostböden haben wir einen Kippunkt erreicht. Dies bedeutet, der Erwärmungsprozess ist nicht mehr aufzuhalten, da aus dem auftauenden Permafrostboden Unmengen an hochgradig klimaschädlichem Methan entweichen.

Wirtschaftswachstum kontra Klima.

Viele werden jetzt sagen, das kann nicht sein. Wir haben doch gelernt, der Markt wird es richten! Dieses Mantra von neoliberalen Ideolog:innen, das Privatisierung aller Lebensbereiche eine glückselige Zukunft verheißt und der Markt es allemal besser kann als der Staat, haben wir doch ständig gepredigt bekommen. Und dann die Pandemie – Unternehmen mussten mit Staatsgeld gerettet werden. Vorher war es die Finanzwirtschaft, heute ist es Uniper, der Gasversorger. Der Steuerzahler muss es richten.

Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem ist auf Profit und Wachstum ausgerichtet. In Zeiten der Klimakrise ist zwar von „grüner Produktion“ oder inflationär von „Nachhaltigkeit“ die Rede, am Profit- und Wachstumszwang ändert sich aber nichts. Die bei der Produktion eingesparten Emissionen werden durch Ressourcenverbrauch wieder zunichte gemacht.

Klaus Dörre, Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie in Jena, meint:

„Entweder gelingt es, das Wirtschaftswachstum nachhaltig und ökologisch zu machen, oder wir schaffen eine Gesellschaft, der es gelingt, sich vom Zwang zu raschem, dauerhaftem Wirtschaftswachstum zu emanzipieren.“

Günter Hameister

Unerträgliche Hitze im Sommer und uns umwehnde Stürme werden bereits uns zu schaffen machen. Und unsere Verantwortung für unsere Enkelkinder? Die verursacht ordentlich Sorgenfalten auf unserer Stirn.

Mehr denn je ist Eile geboten, unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell umzubauen. Kleine Korrekturen reichen nicht aus. Unfreiwillig fühlt man sich an das Bonmot von Erich Kästner erinnert, der einst meinte: „Es geht auf keinen Fall so weiter, wenn es so weitergeht.“ ■

WOHNGELD IST KEIN ALMOSEN, SONDERN EIN RECHTSANSPRUCH!

Preise und Mieten steigen unaufhörlich. Vielen Menschen fällt es schwer, allen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Zu den besonders Betroffenen gehören Rentner:innen. Da kann ein Wohngeldzuschuss helfen.

Seit Beginn dieses Jahres gilt das neue „Wohngeld Plus“-Gesetz. Damit wurde nicht nur das Wohngeld deutlich erhöht, sondern auch der Kreis der Berechtigten deutlich ausgeweitet. Mit der Gesetzesänderung haben mehr als zwei Millionen Haushalte Anspruch auf Wohngeldleistungen.

Unbedingt Wohngeld beantragen

Die Berechtigung zum Bezug von Wohngeld bzw. die Höhe des Zuschusses hängt von verschiedenen Faktoren ab. Dazu zählen das monatliche Gesamteinkommen (wie z.B. Rente), Wohnort (z.B. teure Stadtmieten), die Höhe der Miete und die Beitragsjahre bei der Rentenversicherung. Selbst einkommensschwache Wohneigentümer:innen können bezugsberechtigt sein.

Expert:innen raten Rentner:innen grundsätzlich, einen Antrag auf Wohngeld zu stellen, selbst bei überdurchschnittlichem Rentenbezug.

Weitere Informationen:

Wer sich zu einem möglichen Wohngeld-Anspruch informieren möchte, findet im Internet den Wohngeldrechner des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

► Wohngeld-Plus-Rechner

www.bmwsb.bund.de/Webs/BMWSB/DE/themen/stadt-wohnen/wohnraumfoerderung/wohngeld/wohngeldrechner-2023-artikel.html



Wo kann ich Wohngeld beantragen?

Wohngeld gibt es grundsätzlich nur auf Antrag. Anträge können in allen Gemeinde- oder Kreisämtern, in Hamburg bei den Ortsämtern, gestellt werden. Oftmals ist auch eine Online-Beantragung möglich, in Hamburg z.B. unter: ► www.hamburg.de/wohngeld.

Wir wünschen allen Antragsteller:innen viel Erfolg! ■

Heinrich Dannenberg

Wohngeldantrag in Hamburg



8 Wochen

Aktuelle durchschnittliche Bearbeitungszeit



9.509

Anträge wurden entschieden



16.791

Anzahl der Neuanträge seit 1. Dezember 2022

Quelle: hamburg.de, 26. Mai 2023